

Fritz Schmalzbauer
Spitzenkandidat DIE LINKE (OBB)
Mitglied der GEW Bayern

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir treten als Partei DIE LINKE zum ersten Mal zu den Landtagswahlen 2008 an und haben gute Chancen, künftig im bayrischen Landtag die Interessen der abhängig Beschäftigten, der sozial Schwächeren und all derer wahr zu nehmen, die in Bayern ein erhebliches Demokratiedefizit beklagen.

„Bayern für Alle“ richtet sich gegen die systematische Ausgrenzungs- und Spaltungspolitik der CSU - beherrschten Staatsregierung. Wir haben uns aber nicht zuletzt deshalb gegründet, weil die Politik der SPD und der Grünen auf Bundesebene seit Jahren die einseitige Reichtumsbildung und damit die Verarmung vieler Menschen bewirkt, Arbeitssuchende bestraft und insbesondere ältere Menschen und sozial Schwächere benachteiligt (Rente ab 67, Belastungen für Gesundheitsausgaben...). Außerdem halten wir die Politik der systematischen Auslandseinsätze der Bundeswehr für verfassungswidrig und nicht hinnehmbar.

Durch die „Föderalismusreform“, ein Rückfall in Kleinstaaterei mit dem Ziel, regional vorzupreschen (Ermächtigungsgesetz bei Versammlungen) und dann bundesweit Zwänge zu schaffen, wurde auch die Bildungspolitik im Wesentlichen Ländersache. Als künftige bayrische Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE werden wir uns daher zentral mit Bildungsfragen auseinandersetzen müssen.

Die Partei DIE LINKE will ein öffentliches Bildungssystem, das jedem/r die Voraussetzungen bietet, seine Persönlichkeit und seine Fähigkeiten bestmöglich zu entfalten – unabhängig von den sozialen Bedingungen. Privatisierungen oder Anleihen aus der privatwirtschaftlichen Kapitalverwertung haben im Bildungswesen grundsätzlich nichts zu suchen. Daher ist die notwendige Bedingung ein kostenfreies Bildungswesen. Das gilt für die vorschulische Bildung bis hin zur Hochschulen und für Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Im Umkehrschluss sind alle Bildungseinrichtungen so auszustatten, dass sie nicht von privatwirtschaftlichen Geldern abhängig sind. Hätten wir beispielsweise eine Steuerquote wie in den skandinavischen Ländern, wäre die Finanzierung der Bildungseinrichtungen ohne Verflechtungen mit Privatkapital finanzierbar. Selbstverständlich fordern wir die Abschaffung von Studiengebühren und eine generelle Lernmittelfreiheit in Bayern sowie kostenlose vorschulische Bildung nach dem Muster benachbarter Länder (z.B. Frankreich).

Bayern für Alle – das heißt natürlich auch Bildung für Alle. Bildungspolitik muss der sozialen Auslese entgegenwirken, was nur in einem auf Solidarität basierenden Schulwesen möglich ist. Ein vielgliedriges Schulsystem, eine zusammengepresste Wissensflut (G 8) ohne tatsächlichen Bildungsanspruch und mangelhafte Bedingungen sowohl für Lehrende als auch für Lernende widersprechen dem Auftrag des Grundgesetzes und der bayrischen Verfassung. Das bayrische Schulsystem mag zwar in bestimmten Segmenten „Spitze“ sein – was im Wesentlichen auf das Engagement der Lehrenden zurückgeht. Es ist in seiner Gesamtheit, die Berufsschulen mit einbezogen, von Grund auf reformbedürftig.

Zu den Forderungen der GEW

Generelle Forderungen:

1. DIE LINKE will ein öffentliches Bildungssystem. Sie lehnt jede Form von Privatisierungen ab. Ausbildungs- Berufs- und Lebenschancen dürfen nicht vom Einkommen der Familien abhängig sein.
2. DIE LINKE will als Bildungsziel die eine kritikfähige, solidarische Persönlichkeit, die in der Lage ist, selbstständig Zusammenhänge und Ursachen zu erkennen und trotz der Medienflut eigene Standpunkte zu entwickeln. Gesellschaftliche Widersprüche und demokratische Entwicklungsräume (z.B. gewerkschaftliche Organisation) müssen Bildungsinhalte sein.
3. DIE LINKE stimmt der Auffassung zu, „dass unter Einbeziehung aller Betroffenen Bildungsziele als Könnensbeschreibungen festzulegen sind“. Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl ist zu fördern.
4. DIE LINKE hält fachliche und soziale Kernkompetenzen für gleichgewichtig.
5. Alle staatlichen Ebenen haben die nötigen Mittel durch eine sozial ausgewogene Steuerpolitik (Vermögen, Spekulationsgewinne...) zur Verfügung zu stellen, damit das Recht auf Bildung von Allen wahrgenommen werden kann. Bildung darf dem/der Lernenden und seiner Familie nichts zusätzlich kosten.
6. DIE LINKE will ein einheitliches Dienstrecht. Die Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Arbeitsentgelt, Arbeitsumfeld) sind so zu verbessern, dass die Lehrenden in gesicherten Verhältnissen stressfrei ihrem Bildungsauftrag nachkommen können.

Forderungen für die relevanten Säulen von Bildung und Erziehung...

DIE LINKE unterstützt die Forderung der GEW nach Qualität in einem umfassenden Begriff der Bildungs- und Erziehungseinrichtungen: „Elementarbildung, Schule, berufliche Bildung, Hochschule und Forschung, Weiterbildung, Jugendhilfe und Sozialarbeit“.

1. Schule: DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einer gemeinsamen zehnjährigen Schule für Alle. Ganztagschulen sind flächendeckend anzubieten. Die LehrerInnenstunden-Zuweisung an Hauptschulen ist wieder auf 19 Wochenstunden anzuheben und „auf Ganztagsklassen aller Art zu übertragen.“ DIE LINKE will eine Rücknahme der Verlängerung von Arbeitszeiten, genügend Zeit für Eltern/Schülersprechstunden und Leitungstätigkeiten und eine wesentliche Reduzierung der Klassenstärken. Sie unterstützt eine LehrerInnenausbildung, die den aktuellen Anforderungen und der individuellen Förderung jedes Kindes Rechnung trägt.
2. Berufliche Bildung, Hochschule und Forschung: DIE LINKE will Voraussetzungen schaffen, damit alle Jugendlichen einen geeigneten Ausbildungsplatz haben, der ihren Fähigkeiten und beruflichen Wünschen entspricht. Der Hochschulzugang darf nicht durch vorherige Selektion und Studiengebühren sozial verengt werden. Forschung und Lehre darf nicht durch privatwirtschaftliche Interessen beeinträchtigt werden. Die Arbeitsbedingungen aller Lehrenden müssen auf gesicherter Basis definiert sein und ein freies und sozial verantwortliches Arbeiten und Lehren ermöglichen. Die Mitbestimmung an den Hochschulen ist sowohl für die Lehrenden als auch für die Lernenden (verfasste Studentenschaften) auszubauen.
3. Weiterbildung: DIE LINKE unterstützt die Forderungen der GEW im Sektor Weiterbildung und hält ein Erwachsenen-Bildungsgesetz mit entsprechenden Freistellungen für dringend erforderlich. Wir unterstützen vor allem, dass „die

sozialversicherungspflichtige unbefristete Vollzeitbeschäftigung“ zur Regel werden muss. Die Integration Arbeitssuchender, die Fortbildung der Arbeitnehmer in gesellschaftspolitischen Fragen und die gezielte Förderung von MigrantInnen sind drei zentrale Aufgaben der Erwachsenenbildung.

4. Elementarbildung, Jugendhilfe und Sozialarbeit gehören zusammen. Lebensperspektiven werden im frühen Kindesalter, aber auch in den sozialen Rahmenbedingungen (Freizeiteinrichtungen, Sportvereine...) wesentlich vorbestimmt. Solidarität kann man erleben und dadurch erlernen. In Zusammenarbeit mit der Schule, der pädagogischen Forschung, Initiativen engagierter BürgerInnen, Gewerkschaften und Kirchen muss ein soziales Umfeld entwickelt werden, damit die künftige Entwicklung nicht der sozialen Lage geschuldet ist. Dazu bedarf es gebührenfreier Kindertagesstätten ebenso wie gut ausgebildeter PädagogInnen, die unter annehmbaren Bedingungen ihre Arbeit verrichten.

Bildungsfinanzierung

1. DIE LINKE ist der Meinung, dass Bildung grundsätzlich aus dem Steueraufkommen zu finanzieren ist, um privatwirtschaftliche Interessen auszuschließen. Der Anteil, der für Bildung ausgegeben wird, hat sich an den skandinavischen Ländern zu messen. (Lächerliche 2% des Bruttoinlandsproduktes ist der bayrischen Staatsregierung die Bildung wert – den Schweden über 7%.)
2. Steuerfinanzierung setzt voraus, dass große Vermögen, Spekulationsgewinne, hohe Erbschaften und Betriebsveräußerungen zur Finanzierung des Gemeinwohls – darunter als erstrangige Aufgabe die Bildung – herangezogen werden.